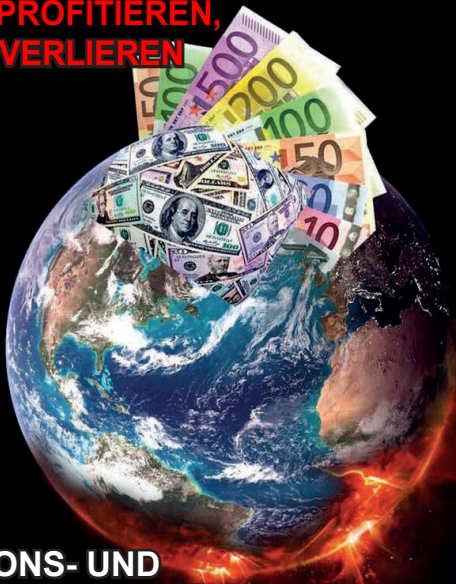


FREIHANDELSABKOMMEN EU-USA: KONZERNE PROFITIEREN, MENSCHEN VERLIEREN



INFORMATIONS- UND DISKUSSIONSVERANSTALTUNG mit Roland Süß

(Mitglied im Attac-Koordinierungskreis)

Dienstag, 29. April 2014 19.30 Uhr

**Katholisches Gemeindehaus St. Ulrich
Kirchheim/Teck, Lindachallee**



FREIHANDELSABKOMMEN EU – USA (TTIP) KONZERNE PROFITIEREN, MENSCHEN VERLIEREN

Konzerne sollen Staaten verklagen können, wenn neue Umwelt- oder Sozialgesetze ihre Gewinnerwartungen schmälern. Im Supermarkt sollen neben Hormonfleisch Chlorhähnchen und genveränderte Lebensmittel ohne Kennzeichnungspflicht angeboten werden. Energiekonzerne sollen sich die Erlaubnis zum Fracking in geheimen Schiedsgerichten erstreiten können. Die Gewaltenteilung würde aufgehoben, einzelstaatliche Verfassungen und Gesetze würden umgangen und demokratische Parlamentsbeschlüsse würden ausgehebelt werden.

Wie kann das möglich sein? Mit einem umfassenden Pakt wollen EU und USA eine transatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) erschaffen. Verkauft wird uns dieses Handelsabkommen als gigantisches Wachstumsprogramm – bezahlen müssen wir es, die Bürger in EU und USA, mit einem beispiellosen Abbau von Produktionsstandards, Verbraucherschutz- und Arbeitnehmerrechten, des Lohnniveaus, Umwelt- und Sozialauflagen, ja sogar unserer demokratischen Rechtsstaatlichkeit. All diese als Handelshemmnisse deklarierten Grundsätze demokratischer Staaten würden in den geheimen Verhandlungen beseitigt. TTIP nützt vor allem den internationalen Konzern, mittelständische Unternehmen und der Handel mit regionalen Produkten würden in ihrer Existenz bedroht werden.

Der Europäische Rat hat der EU-Kommission ein umfassendes Mandat erteilt, mit den USA ein Gesamtpaket auszuhandeln. Die konkreten Inhalte werden aber wie Staatsgeheimnisse gehütet - wir Bürger sollen nichts erfahren. Erheblichen Einfluss nimmt dagegen die Wirtschaftslobby, ihre Vorschläge werden größtenteils berücksichtigt, denn ihre Vertreter sitzen quasi am Verhandlungstisch. Laut Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 11.12.2013 dürfen mehr als 600 Vertreter der Wirtschaftslobby ihre Positionen und Vorschläge einbringen. Sie hätten auch Zugang zu wichtigen Dokumenten, die noch nicht einmal den Regierungen der einzelnen EU-Länder vorlägen.

TTIP zielt nicht nur gegen den asiatischen Konkurrenzdruck, sondern es soll die vollkommene Liberalisierung des EU- und USA-Marktes auf Kosten aller Beschäftigten und Verbraucher festschreiben.

Alle Beteiligten wollen nun schnell Fakten schaffen, bis spätestens 2015 sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein. Zuerst soll nur das Europäische Parlament über das Abkommen abstimmen. Deshalb sind die Europawahlen in dieser Hinsicht so wichtig.

Mit Abkommen wie TTIP soll die dauerhafte neoliberale Umgestaltung des internationalen Handels vollzogen werden. Ein unumkehrbarer Abbau sozialer und ökologischer Standards und die Minimierung der demokratischen Kontrolle des Marktgeschehens ist vorgesehen. Nicht nur mit den USA führt die EU solche oder ähnliche Verhandlungen, sondern auch mit Kanada, Japan, Indien, den südamerikanischen Mercosur, und nordafrikanischen Maghreb-Staaten. Selbst mit China verhandelt die EU über Investitionsschutz.

TTIP steht also im Kontext einer neuen breiten neoliberalen Globalisierungswelle.

Darüber wollen wir informieren, sowie alternative Vorstellungen und konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.